



Rat der
Europäischen Union

072644/EU XXVI. GP
Eingelangt am 25/07/19

Brüssel, den 19. Juli 2019
(OR. en)

11128/19
PV CONS 40
SOC 546
EMPL 417
SAN 343
CONSOM 203

ENTWURF EINES PROTOKOLLS
RAT DER EUROPÄISCHEN UNION
(**Beschäftigung, Sozialpolitik**, Gesundheit und Verbraucherschutz)
8. Juli 2019

INHALT

Seite

1. Annahme der Tagesordnung..... 3
2. Annahme der Liste der A-Punkte
a) Liste der nicht die Gesetzgebung betreffenden Tätigkeiten..... 3

Nicht die Gesetzgebung betreffende Tätigkeiten

3. Ökonomie des Wohlbefindens..... 4
 4. Europäisches Semester 2019 4
 5. Ein sauberer Planet für alle: Eine strategische, langfristige Vision für eine klimaneutrale
Wirtschaft – beschäftigungspolitische Aspekte..... 5
 6. Sonstiges..... 5
Internationale Entwicklungen in der Beschäftigungs- und der Sozialpolitik
- ANLAGE – Erklärungen für das Ratsprotokoll..... 6

1. Annahme der Tagesordnung

Der Rat nahm die in Dokument 10662/19 enthaltene Tagesordnung an.

2. Annahme der Liste der A-Punkte

Liste der nicht die Gesetzgebung betreffenden Tätigkeiten

10669/19

Der Rat nahm die in Dokument 10669/19 enthaltenen A-Punkte einschließlich der COR- und REV-Dokumente, die zur Annahme vorgelegt wurden, an. Die Erklärungen zu diesen Punkten sind im Addendum wiedergegeben.

In Bezug auf die folgenden Punkte müssen die Dokumentenangaben wie folgt lauten:

Institutionelle Angelegenheiten

Ernennungen

1. Beschluss über die Nichtersetzung von Mitgliedern der Kommission
Bestätigung, dass keine Einstimmigkeit besteht
vom AStV (2. Teil) am 3.7.2019 gebilligt

10797/19
10712/1/19 REV 1
+ REV 2 (pt)
INST

Delegierte Rechtsakte/Durchführungsrechtsakte

Verkehr

12. Delegierte Verordnung (EU) .../... der Kommission vom 13.3.2019 zur Ergänzung der Richtlinie 2010/40/EU des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Einführung und den Betrieb kooperativer intelligenter Verkehrssysteme
Delegierter Rechtsakt – Entscheidung, Einwände zu erheben
vom AStV (1. Teil) am 4.7.2019 gebilligt

10471/19
7510/19
+ COR 1 (sv)
+ ADD 1 - 5
+ ADD 9
TRANS

Nicht die Gesetzgebung betreffende Tätigkeiten

3. Ökonomie des Wohlbefindens *Orientierungsaussprache*

 10414/19 + COR 1
10416/19

Der Rat führte anhand des Orientierungsvermerks des Vorsitzes in Dokument 10416/19 eine Orientierungsaussprache. In seiner Vorstellung der themenbezogenen OECD-Studie (Dok. 10414/19 (+ ADD 1)) betonte der Generalsekretär der OECD, José Ángel Gurría, dass Wohlbefinden und Wirtschaftswachstum sich gegenseitig verstärken. Die Ministerinnen und Minister begrüßten dieses Thema als sehr aktuell. Sie hoben die Notwendigkeit der Integration mit bestehenden Instrumenten hervor, insbesondere der europäischen Säule sozialer Rechte und dem Europäischen Semester, und forderten die Aufnahme des Konzepts des Wohlbefindens in die Post-Europa-2020-Strategie. Mehrere Mitgliedstaaten forderten die künftige Kommission auf, dem Wohlbefinden eine herausragende Stellung in ihrem Arbeitsprogramm einzuräumen. Zahlreiche Delegationen hoben hervor, dass eine umfassendere Palette an Indikatoren – neben dem BIP – erforderlich sei, um das nachhaltige Wirtschaftswachstum zu messen. Die Ministerinnen und Minister betonten ferner die Notwendigkeit einer eingehenden Abschätzung der Auswirkungen sämtlicher politischer Maßnahmen auf das Wohlbefinden der Bürgerinnen und Bürger, sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene, wobei die nationalen Besonderheiten und die Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten zu wahren seien. Kommissionsmitglied Thyssen hob hervor, dass Wirtschafts- und Sozialpolitik zwei Seiten derselben Medaille seien und dass dieses Thema in den nächsten Politikzyklus integriert werden könnte.

4. Europäisches Semester 2019



a) **An die einzelnen Mitgliedstaaten gerichtete Empfehlungen zu den nationalen Reformprogrammen für 2019** *Billigung*

10687/19
10182/1/19 REV 1
9955/19

Der Rat billigte die beschäftigungs- und sozialpolitischen Aspekte der länderspezifischen Empfehlungen. HU gab eine Erklärung ab (siehe Anlage).

b) **Bewertung der länderspezifischen Empfehlungen 2019 und der Umsetzung der länderspezifischen Empfehlungen 2018** **Stellungnahmen des Beschäftigungsausschusses und des Ausschusses für Sozialschutz** *Billigung*

10688/19

Der Rat billigte die Stellungnahmen des Beschäftigungsausschusses und des Ausschusses für Sozialschutz.

- c) **Beschluss des Rates zu Leitlinien für beschäftigungspolitische Maßnahmen der Mitgliedstaaten**
(von der Kommission vorgeschlagene Rechtsgrundlage: Artikel 148 Absatz 2 AEUV)
Annahme

☐ 10475/19
9134/19

Der Rat nahm den Beschluss zu Leitlinien für beschäftigungspolitische Maßnahmen der Mitgliedstaaten an.

5. **Ein sauberer Planet für alle: Eine strategische, langfristige Vision für eine klimaneutrale Wirtschaft – beschäftigungspolitische Aspekte**
Orientierungsaussprache

☐ 10467/19

Der Rat führte anhand des Fragenkatalogs des Vorsitzes in Dokument 10467/19 eine Orientierungsaussprache. Die Delegationen hoben die Notwendigkeit hervor, die Arbeitskräfte auf einen Übergang zu einer saubereren Wirtschaft vorzubereiten, unter anderem durch eine Umschulung derjenigen, die von diesem Übergang negativ betroffen sind. Mehrere Delegationen erwähnten die Verknüpfung mit dem MFR und die Notwendigkeit, EU-Finanzmittel für den Übergang bereitzustellen. Kommissionsmitglied Thyssen wies darauf hin, dass Nachhaltigkeit im Mittelpunkt des Berichts zur Beschäftigung und zur sozialen Lage in Europa 2019 stehe.

Der Vorsitz stellte abschließend fest, dass die EU eine Führungsrolle beim Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft übernehmen sollte, dass der Übergang als Chance zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit Europas gesehen werden sollte, und dass es wichtig sei, den europäischen Bürgerinnen und Bürgern die Bedeutung des Übergangs zu vermitteln und sie davon zu überzeugen.

Sonstiges

6. **Internationale Entwicklungen in den Bereichen Beschäftigung und Sozialpolitik**
Informationen der Kommission

☐ 10781/19

Der Rat nahm die Informationen der Kommission zur Kenntnis.

☐ Öffentliche Aussprache auf Vorschlag des Vorsitzes (Artikel 8 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Rates)

☐ Punkt auf der Grundlage eines Kommissionsvorschlags

Erklärungen zu den die Gesetzgebung betreffenden B-Punkten in Dokument 10662/19

Zu B-Punkt 4: **Europäisches Semester 2019**
An die einzelnen Mitgliedstaaten gerichtete Empfehlungen zu den
nationalen Reformprogrammen für 2019

ERKLÄRUNG UNGARNS

**"ERKLÄRUNG UNGARNS
zur Empfehlung des Rates zum nationalen Reformprogramm Ungarns 2019 mit einer
Stellungnahme des Rates zum Konvergenzprogramm Ungarns 2019**

Die Aussagen zum ungarischen Justizsystem sind politisch motiviert, voreingenommen und entsprechen nicht der Realität, da der entsprechende Rechtsrahmen im Berichtszeitraum keine Änderung erfahren hat. Außerdem wird in dem Text nicht die unmittelbare Bedeutung der herausgestellten Fragen für die Ziele des Europäischen Semesters aufgezeigt, wodurch die Glaubwürdigkeit des Verfahrens untergraben wird.

Folglich sind die Empfehlungen im Zusammenhang mit der Unabhängigkeit der Justiz und dem Zugang zu Informationen ungerechtfertigt, unbegründet und somit unannehmbar. Sie können nicht als Grundlage für einen sinnvollen wirtschaftspolitischen Dialog dienen und sind einer echten politischen Eigenverantwortung nicht zuträglich.

Derartige Empfehlungen dienen nicht den Zwecken des Prozesses des Europäischen Semesters und müssen in Zukunft vermieden werden.

Durch die vom finnischen Vorsitz vorgeschlagenen Änderungen werden die grundlegenden Unzulänglichkeiten der Empfehlungen nicht behoben. Der Text enthält nach wie vor ein Werturteil, das nicht durch Tatsachen begründet ist und weit über den sachlichen Geltungsbereich des Europäischen Semesters hinausgeht.

Die Folge ist, dass der Vorsitz nach eigenem Ermessen dem Rat einen Text vorlegt, der es Ungarn nicht ermöglicht, die Annahme seiner eigenen Empfehlungen zu unterstützen, da der Text nicht im Einklang mit dem Inhalt und den rechtlichen Vorgaben des Semesters steht."